Jour fixe vom 04.12.2023

Die Angriffe auf Israel und der Krieg im Gaza-Streifen

Bei der letzten Sitzung wurde besprochen, wie die Öffentlichkeit die Hamas-Aktionen kommentiert, und womit man es dabei sachlich zu tun hat: Einerseits stellt die Hamas, auf ihre eigene Organisation und auf die Bevölkerung im Gazastreifen zielend, praktisch unter Beweis, dass ihr Anspruch auf einen palästinensischen Staat von Israel nicht einfach abgeräumt werden kann, sondern dass sie, die für die Verwirklichung dieses Projekts eintritt, nach wie vor aktiv und in der Lage ist, gegen Israel, das dieses Staatsgründungsprojekt mit allen Mitteln bekämpft, etwas ins Werk zu setzen. Als weiteres zielt die Hamas auf nichtstaatliche Akteure in der Region, insbesondere die Hisbollah, aber auch Milizen in Syrien und Irak und Kräfte im Jemen. Sie beansprucht deren Solidarität, auch in dem praktischen Sinne, dass diese mit Aktionen ihrerseits den Kampf der Hamas unterstützen sollen. Noch genauer zu klären wäre als dritter Punkt die Kalkulation der Hamas, nicht nur eine Reaktion von israelischer Seite zu provozieren, sondern auf eine Neupositionierung der gesamten Staatenwelt im Nahen Osten und auch darüber hinaus zu setzen.

— *Die Hamas will Israel, aber auch den arabischen Nachbarstaaten klar machen, dass die Frage eines Palästinenserstaates eine offene ist. Sie setzt ihre Gewalt, ihren Terror ein, um Israel herauszufordern und drängt damit auch darauf, dass sich die Staaten in der Nachbarschaft neu positionieren müssen. Angesichts der Annäherungen von Iran und Saudi-Arabien, von Vermittlungsversuchen seitens Ägyptens und Katars will die Hamas die arabischen Nachbarn auf ihre politischen Zwecke verpflichten.*

Dabei spricht die Hamas die arabischen Volksmassen anders an als deren Regierungen.

— *Die Volksmassen werden auf ihre islamische Identität angesprochen. Sie sollen darauf drängen, ihr Recht als Muslime gegen Israel durchzusetzen. Den Staaten bedeutet die Hamas, dass die Frage eines Palästinenserstaates eine offene bzw. eine Gewaltfrage ist; dass die Hamas sich der überlegenen Gewalt Israels nicht unterordnen will, sondern eine Gegengewalt dazu entfacht. Dazu sollen sich die Staaten stellen.*

Das Entscheidende ist, dass eine Gewaltfrage auf die Tagesordnung gesetzt ist. Die Hamas hat aus ihren langjährigen Erfahrungen mit Appellen an die Solidarität der arabischen Staaten oder mit dem Setzen auf internationale Institutionen wie die UNO gelernt, dass ihre Sache auf diese Weise nicht in ihrem Sinne vorangebracht wird. Deswegen hat sie den Übergang gemacht, eine gewaltmäßige Konfrontation anzuzetteln – durchaus im Wissen um eine wuchtige israelische Reaktion. Sie will damit die Staaten darauf stoßen, dass sie nicht davon ausgehen können, dass sich die Palästinenserfrage erledigt hat, wenn sie, auf ihr eigenes Vorankommen in der Region kalkulierend, ihre Beziehungen einerseits mit Israel und andererseits mit dem Iran ausbauen. Die Hamas setzt darauf, dass sich die Staaten angesichts der offenen Gewaltfrage in der Region neu sortieren müssen.

In Bezug auf die Bevölkerungen setzt die Hamas auf das Zustandekommen einer ordentlichen moralischen Empörung, die Druck auf die Regierungen ausüben soll, sich mit der Palästinenserfrage neu auseinander zu setzen. Auch sie macht den Regierungen den moralischen Vorwurf, Verräter an der palästinensischen Sache zu sein. Im Kontrast zu dieser Moralfrage steht das politische Kalkül.

— *Das sieht man auch am Unterschied zwischen Hamas und Fatah: Beide Fraktionen, die sich vor etlichen Jahren gespalten haben, stehen dafür, dass es einen palästinensischen Staat geben muss. Abbas hat sich unter dem Druck der militärischen Übermacht mit Israel so arrangiert, dass die Fatah das Westjordanland – auch im Sinne von Israel – verwaltet, dort für Ordnung sorgt und die Zweistaatenlösung nur noch irgendwo im Hintergrund steht. Dagegen rüttelt die Hamas mit ihrem jüngsten Angriff auf.*

— Zum Unterschied zwischen den Appellen an die Moral der arabischen Völker und denen an die Staaten: Die menschlichen Opfer, die Tausende von toten Palästinensern, sollen bei dem einen wie dem anderen Grund für Empörung liefern. Dafür stehen Parolen wie „Völkermord“ an den Palästinensern, die bei der arabischen Bevölkerung verfangen sollen. Die Opfer, die dabei anfallen, die Gewalt, mit der Israel angegriffen wurde und damit „blamiert“ worden ist, sollen andererseits das Mittel sein, um sich bei den arabischen Staaten interessant zu machen.

Die Hamas setzt nicht nur auf moralische Appelle, sie verfolgt dabei auch die genannte politische Absicht.

— Auch bezüglich der Massen, die die Hamas aufstacheln will, ist die Kalkulation, dass die Völker ihre Herrschaften dazu bewegen sollen, ihre politischen Arrangements mit Israel und dessen überlegener Militärmacht neu zu überdenken.

— Davon, dass ihre Völker auf die Straße gehen und in muslimischer Solidarität mit den palästinensischen Brüdern deren Opfer des ausgreifenden Israel anklagen, werden sich die politischen Herrschaften der arabischen Staaten nicht beeindrucken lassen. Als sich der jordanische König geweigert hat, den US-Außenminister zu treffen, hatte er seine außenpolitischen Kalkulationen gegenüber USA und Israel, den gewalttätigsten Schutzmächten im Nahen Osten, bereits verändert, bevor empörte Massen auf den Straßen waren. Nicht die Schubkraft der Volksmassen ist der Grund dafür, dass einige arabische Staaten, die in letzter Zeit in ihren politischen Kalkulationen von ihrer Feindschaft gegenüber den USA und Israel etwas abrückten, das jetzt offenbar wieder in Frage stellen.

— Das ist kein Gegensatz zu der gerade gekennzeichneten Absicht der Hamas. Diese will zwar moralische Empörung bei den arabischen Volksmassen und bei den Staaten fördern, die wirklichen Mächte, an die sie da appelliert, stellen aber ihre eigenen Kalkulationen an, getrennt davon, ob Bevölkerungsmassen auf den Straßen protestieren.

Das Verhältnis der USA und Israel und die Kalkulationen der Staaten im Nahen Osten gegenüber USA und Israel und umgekehrt sind beim nächsten Mal Thema.

Worauf die Hamas mit ihrer Aktion setzt, ist nicht eine moralische Ermunterung der Massen in arabischen und muslimischen Ländern, sondern es sollen Staaten mit dieser Gewaltkonfrontation in ihren Kalkulationen, die ja nicht moralischen Erwägungen folgen, gestört werden. Dass Israel mit dieser Härte zurückschlägt, hat die Hamas vorweggenommen. Und genau diese Auseinandersetzung mit diesem Ausmaß an Gewalt hält die Hamas für das Mittel, Staaten in der Region und darüber hinaus für die Palästinenserfrage zu interessieren. Und tatsächlich *wird* das Interesse vieler Staaten an der wieder offenen Gewaltfrage geweckt.

— Die Hamas kalkuliert aber auch auf die Stimmung in diversen Völkern, die bei deren jeweiligen Herren etwas bewirken soll. Die Herrscher umliegender Staaten will die Hamas dadurch beeinflussen, dass sie denen mit ihrer „Machtdemonstration“ gegen Israel neue Gewaltkalkulationen eröffnet: Die Hamas will gewissermaßen bewiesen haben, dass Israel nicht die total überlegene Regionalmacht ist, an der die arabischen Staaten gar nicht vorbeikommen und sich mit ihr deshalb besser arrangieren als in Konfrontation zu gehen. Die Hamas sieht mit ihrem erfolgreichen Angriff die Gewaltverhältnisse im ganzen Nahen Osten neu aufgerollt. Die Herrscher, die bis vor Kurzem mehr und mehr dazu bereit waren, mit Israel zu paktieren, sollen davon abgebracht werden und ihre Kalkulationen neu anstellen.

*

Zur israelischen Reaktion: In der öffentlichen Kommentierung herrscht von links bis rechts eine bemerkenswerte Einigkeit in der Aussage „Israel hat jedes Recht auf Selbstverteidigung“. Was ist damit gesagt, ist das eine Wahrheit über diesen Krieg?

— Es ist nie die Wahrheit, wenn gesagt wird, der eine habe mit einem Terrorakt begonnen und der andere verteidige sich nur und das zu Recht. Die zu erklärende Gewalt zwischen den beiden Parteien löst sich damit in eine Reihenfolge auf. Der, der angefangen hat, übt Gewalt aus, die Gewalt des anderen ist legitim, weil nur Verteidigung und damit keine Gewalt. So ergreift man Partei und urteilt nicht über die Sache.

— Die Wahrheit ist: Die Hamas wollte mit der Tat zeigen, dass sie ihre Zwecke mit Gewalt verfolgen kann. Israel will mit der Vernichtung der Hamas, der Zerstörung aller ihrer Mittel und der Liquidierung aller Kämpfer den Willen der Palästinenser zu einem eigenen Staat vernichten.

Bevor man zur Wahrheit über den Krieg kommt, ist zu klären, warum das Urteil ‚Verteidigungskrieg', das die ganze Welt zu diesem Krieg hat, falsch ist. Die Vorstellung, der eine habe angefangen und der andere verteidige sich zurecht, ist eine kindliche Vermenschlichung des Gemetzels, das Israel und seine Gegner im Nahen Osten veranstalten. Das ist eine Parteinahme und keine Klärung der Sache und der Zwecke derer, die dort agieren.

— Durch die Parteinahme verwandelt sich das Gewaltverhältnis eines Staates und, in diesem Fall, eines Möchtegern-Staates in ein Verhältnis von Angriff und Verteidigung. Zu klären ist der gewaltsam ausgetragene Gegensatz beider Beteiligter. Stellt man die parteiliche Frage nach der Rechtfertigung von Gewalt, ist dieses Gewaltverhältnis durchgestrichen.

Mit Vermenschlichung ist die Übersetzung der Gewaltausübung in Verhältnisse gemeint, die man aus dem Alltag kennt: Der eine fängt an, der andere wehrt sich! Man wehrt sich gegen Gewalt, die einem angetan wird. Diese Vorstellung oder Abstraktion geht an der Sache, die dort stattfindet, vorbei und ist inadäquat dazu. Dort geht es um staatliche Zwecke bzw. eine Auseinandersetzung zwischen einem Staat und einem erhobenen Anspruch, als Staat anerkannt zu werden. Da werden dieselben Rechte auf denselben Boden gewaltsam eingefordert bzw. bestritten.

— Diese kindliche Vorstellung – Wer hat angefangen? – streicht durch, was einen Staat ausmacht. Da ist nicht einer böse und der andere muss sich verteidigen, der eine der Angreifer und der andere die Schutzmacht. Auch eine Schutzmacht ist eine Macht. Darin liegt die Gemeinsamkeit der Kontrahenten. Sinn und Funktion einer Macht liegt nicht darin, die Ihrigen zu schützen. Das ist eine falsche Vorstellung von Schuld und Recht auf staatlicher Ebene. Für beide aufeinanderprallenden Herrschaften gilt, dass sie von ihrem Volk den äußersten Dienst für ihre Selbstbehauptung verlangen, um ihre angegriffene Souveränität zu behaupten. Das Volk wird dafür mit allem eingesetzt, was es ist und hat.

Es ist eine weitere falsche Vorstellung, dass, wenn ein Staat Gewalt ausübt, er es nur tut, um seine Bürger zu schützen. Das ist kein Staatszweck, dafür schickt ein Staat seine Bürger nicht in den Krieg. Der Zweck ist, den Staat selbst bzw. seine Herrschaftsansprüche über Volk und Territorium gegen einen anderen Staatswillen zu verteidigen. Das ist etwas anderes, als das Überleben und die Sicherheit seiner Bürger zu sichern. Die Bürger sind für die Verteidigung selbst nur Manövriermasse.

Wenn das Urteil gefällt wird, Israel verteidige sich nur, wird von allen Zwecken dieses Staates abstrahiert. Es wird lediglich dessen Gewaltausübung gerechtfertigt; damit ist dieses Urteil fertig. Was zu klären ist, *was* Israel da verteidigt, das benennt Israel selbst. Daran lassen sich die staatlichen Zwecke Israels bestimmen: Worin sieht Israel sich angegriffen? Wogegen wehrt es sich? Welchen besonderen Anspruch erhebt es?

— Seit 1948 verfolgt Israel als Gründungsprogramm, gemäß der Bibel das Jordan-Land als heiliges Land, auf das jeder Jude ein Anrecht hat, für sich als Staatsgebiet zu beanspruchen. Dementsprechend hat es sich in diversen Kriegen stets vergrößert und

den ansässigen Arabern bedeutet, dass sie dort nichts zu suchen haben. Es nimmt ihnen Stück für Stück das Land weg, drangsaliert und tötet sie. In seinem Programm sieht sich Israel nun angegriffen.

Israel verteidigt seinen Anspruch auf das Territorium zwischen dem Jordan und dem Meer, wozu Gaza auch gehört. Damit pflegt es einen speziellen Umgang, der darin besteht, den Gazastreifen abzuriegeln, von außen zu kontrollieren und die Bevölkerung von UNO-Institutionen oder irgendwie sonst von außen versorgen zu lasen. Israel übt die militärische Kontrolle dort aus und hat in verschiedenen Kriegen die Gegenwehr der Hamas und den Willen zu einem eigenen Palästinenserstaat immer klein geschlagen. So will Israel sicherstellen, *sich* als Staat ungestört entfalten zu können. Das bestreitet die Hamas und erhebt Anspruch auf einen eigenen Staat. Israel stellt mit seinem Angriff wiederum klar, dass es diesen Anspruch auf keinen Fall duldet und ausmerzen will. Israel hat die Gewalt über eine Bevölkerung, die nach seiner Logik dort nicht hingehört. Auch letzteres wird von der Hamas bestritten, was Israel nicht auf sich sitzen lassen will. Außerdem sieht sich Israel als Schutzmacht von Juden gegen Verfolgung in aller Welt. Es will sichere Heimstatt für alle Juden sein. Diese Sicherheit ist nun angegriffen. Das größte Verbrechen der Hamas ist, diese Staatsräson anzugreifen und aufzuzeigen, dass Israel sein Versprechen nicht leisten kann. Dagegen geht Israel vor und fasst den Feind ins Auge.

*

Die nächste Frage ist, *wie* Israel die Hamas ins Auge fasst: Was bedeutet Vernichtung als Kampfansage, was schließt das alles ein?

— Der bisherige Raketenbeschuss der Hamas wurde jahrelang schon mit zigfacher Überlegenheit beantwortet, nach dem jetzigen Angriff der Hamas setzt Israel die Vernichtung der Hamas als neues Vorhaben auf den Plan. Das ist wörtlich zu nehmen: Die Kämpfer werden verfolgt und getötet. So wird endgültig klargestellt, dass der Wille zum eigenen Staat in keiner Weise in Frage kommt. Die Palästinenser im Gazastreifen werden als Basis der Hamas auch gleich miteliminiert.

— Israel ist ein besonderer Staat. Der spezielle Inhalt seiner Souveränität wird an den drei genannten Momenten seiner Staatsräson klar. Erstens befindet sich Israel beständig im Krieg, will den Gazastreifen, das Westjordanland und Ostjerusalem militärisch kontrollieren bzw. insgesamt unter Kontrolle halten, die dort lebenden Araber aber nicht als Staatsbürger, sondern vielmehr weghaben. Das Dauerkriegsprogramm verlangt eine militärische Überlegenheit, die mit einer enormen Aufrüstung hergestellt wird. Zweitens pflegt Israel das Ethos, Heimstatt aller Juden der Welt zu sein, um Judenverfolgungen auf der ganzen Welt zu unterbinden. Drittens pflegt Israel den Anspruch, dass das zivile Leben nicht betroffen wird, die Grenzen sicher sind und keine Anschläge erfolgen. Das ist der Maßstab, den dieser Staat an sich selbst anlegt. Den hat die Hamas mit ihrem Angriff blamiert. Israel zieht daraus nun den Schluss: Der als Terrorismus gekennzeichnete Staatswille gehört nicht nur bekämpft wie bisher, er gehört nun ad personam eliminiert. Daraus ergeben sich die Umgangsweisen, über die es auch Erschrecken gibt in Bezug auf die Zivilbevölkerung im Gazastreifen. Über den Vernichtungsfeldzug in Sachen Hamas gibt es weniger Empörung.

Der feindliche Wille soll nicht zur Aufgabe gebracht werden, sondern wird an seinen Trägern ausgelöscht.

— Wenn die aktuelle rechtsradikale Regierung aufgrund der israelischen Staatsräson die Hamas auslöscht, vernichtet sie damit den Staatsgründungswillen, den diese verkörpert und den Israel seit Jahrzehnten bekämpft, und setzt die Einstaaten-Lösung durch.

Insofern unterscheidet sich die jetzige Aktion der Hamas von früheren Raketenangriffen, die Israel abgefangen und als Rache dafür Einrichtungen der Hamas

zerstört hat. Jetzt tritt die Hamas in Israel als Kriegspartei auf, hat Geiseln in ihre Gewalt gebracht und sich Gefechte mit der Armee geliefert. Diesen Übergang, der bisher durch die massive militärische Überlegenheit verhindert wurde, beurteilt Israel als nicht hinzunehmende Verletzung seiner Staatsräson. Damit dies nie wieder passiert, muss die Hamas ausgelöscht werden. Israel sieht sich in einem Krieg, den es unbedingt gewinnen muss. Da ist zu klären, was aus diesem Zweck folgt; welche Mittel, welche Strategie Israel in der kriegerischen Auseinandersetzung gegen eine Terrorgruppe anwendet, die eigentlich nicht als Kriegspartei anerkannt wird.

*

Zu klären ist auch, wie die Öffentlichkeit über die israelische Kriegsführung nachdenkt. Diese thematisiert, ob Israel, dessen Recht auf Selbstverteidigung allgemein anerkannt wird, seine Mittel unter Beachtung des Kriegsrechts einsetzt und „verhältnismäßig" vorgeht. Welche Maßstäbe werden hier allgemein und dann speziell in Bezug auf Israel angelegt? Was sagt das Urteil, Selbstverteidigung gehe in Ordnung, aber bestimmte *Grenzen* müssen *dabei* eingehalten werden?

— Der Gedanke steht im Widerspruch zu der Ansage, dass die Hamas vernichtet werden muss. Feuerpausen und Schutzzonen für die Bevölkerung sind kontraproduktiv in Bezug auf dieses Kriegsziel.

— Vom Kriegszweck Israels wird abstrahiert. Man steht auf der Seite Israels und seines Selbstverteidigungsrechts und mahnt mit Verhältnismäßigkeit zum Einsatz angemessener Mittel. Die hohe Meinung über Israel und seine Zwecke sieht man gefährdet durch inhumane Aktionen, die nicht zu den Maßstäben des Völkerrechts passen.

Das ist der Fehler, der bei der Anwendung des Kriteriums „Verhältnismäßigkeit" vorliegt, am Beispiel Israel ausgeführt. Wenn man als Urteil einer Sache festhält, sie sei verhältnismäßig und gehe deshalb in Ordnung, liegt eine Abstraktion vor dahingehend, dass ein Zweck unterstellt ist, aber nicht benannt wird. Der Inhalt des Zwecks wird willkürlich durch den Beurteilenden definiert, indem er das israelische Kriegsführen daran misst, was *er* diesem Krieg zugutehält. In diesem Beispiel heißt es, dass der die Verteidigung gegen einen Angriff sein soll. Als Verteidigungskrieg geht der israelische Krieg in Ordnung. Das ist der erste Zynismus dieser Betrachtungsweise: Wenn man sich die Frage vorlegt, ob die Methoden der Kriegsführung verhältnismäßig sind, also dem guten Zweck entsprechen, den man der kriegsführenden Partei *zuschreibt*, unterstellt das, dass es für Kriege und das Töten der Bevölkerung gute Gründe gibt.

— Dabei wird aber gerade nicht von einem Kriegszweck abstrahiert. Wenn man sich um das richtige Verhältnis der Brutalitäten kümmert, die im Krieg zur Anwendung kommen, sind diese Brutalitäten als selbstverständliche Maßnahmen im Krieg unterstellt. Dieses Vernichtungsmaterial wird dann ins Verhältnis gesetzt zu einem Zweck, den man teilt, der aber nicht weiter ausgeführt wird. Und daraus wird abgeleitet, ob die Mittel verhältnismäßig sind oder nicht.

Einerseits wird offensiv vertreten, dass das Selbstverteidigungsrecht Israels in Ordnung geht und die Vernichtung der Hamas unumgänglich ist. Andererseits wird davon abstrahiert, was das der Sache nach bedeutet. Der Zweck und die Art und Weise, wie dieser Zweck erreicht wird, werden in einen Gegensatz gesetzt. Man fragt sich, ob die Exekution der Hamas nicht mit weniger Gewalt gehen kann.

— Diskutiert wird, ob sich Israel an das Kriegsrecht hält. Die Antwort ist lautet: Israel hält sich nicht daran. Die Öffentlichkeit berichtet täglich über die Bombardierung von Krankenhäusern, die Vertreibung und Tötung von Zivilisten. Die SZ zitiert Biden, der angesichts der zivilen Opfer Israel zur Mäßigung mahnt. Mit dem Kriterium Verhältnismäßigkeit wird der Anspruch aufgestellt, Israels Kriegsführung unterliege einem internationalen Beurteilungswesen. Das Recht auf Selbstverteidigung

soll beinhalten, dass die eingesetzten Maßnahmen dem guten Zweck angemessen sind. Die SZ meint, dass Israel zu viele Opfer produziert und Netanjahu sich mit dem Hinweis „das ist unser Krieg“ den USA widersetzt.

Die öffentliche Debatte, ob der Krieg verhältnismäßig abläuft oder ob Kriegsverbrechen vorliegen und die zivilen Opfer unverhältnismäßig hoch sind, ist zu unterscheiden von Äußerungen seitens der Weltmacht USA gegenüber ihrem Verbündeten im Nahen Osten bezüglich der bevorstehenden Bodenoffensive. Die Verhältnismäßigkeit, auf die sich beide beziehen, ist von unterschiedlicher Natur.

Wenn die Öffentlichkeit israelische Vergeltungsaktionen als unverhältnismäßig kritisiert, unterstellt sie Israel den Zweck der Bestrafung des Angreifers und beurteilt das massenhafte Töten von Palästinensern als zu viel in Bezug auf diesen Zweck. Weil der unterstellte Zweck unterschiedlich definiert wird, kann man das Vorgehen Israels als normalen Krieg ansehen, bei dem gegen das Kriegsrecht verstoßen wird. Oder man sieht es wie Israel als sachgerechtes Vorgehen im Sinne ihres Kriegszwecks der Eliminierung des palästinensischen Staatsgründungswillens. Wenn aber die USA Verhältnismäßigkeit einfordern, verdankt sich das dem Maßstab, den diese an die Sache anlegen wollen und den sie mit ihrer Gewalt geltend machen. Sie haben eine Maßeinheit erfunden, nach der für die Liquidierung von Terroristen nur eine definierte Höchstzahl an Zivilpersonen zu Schaden kommen darf, an die sich Israel offensichtlich nicht halten will. Es geht um die Logik des Begriffs Verhältnismäßigkeit: Die Anwendung dieses Maßstabs führt notwendigerweise zu willkürlichen Urteilen, weil der unterstellte Zweck nicht objektiv definiert ist. Der Beurteiler legt also fest, welche Maßnahmen für den vorgestellten Zweck verhältnismäßig sind. Da merkt man, wie dumm dieser Begriff einerseits ist und wie nützlich andererseits.

— Wenn ein wohlmeinender Mensch die Fiktion einer übergeordneten Gerichtsbarkeit pflegt, die in Bezug auf einen unterstellten Zweck des Krieges festlegt, welche Mittel der Kriegsführung mit den entsprechenden Opfern dafür verhältnismäßig sind, ist das ein idealistisches Unterfangen. Wenn das Kriegsziel erklärtermaßen in der Vernichtung der Hamas besteht, dann stellt sich dieses idealistische Subjekt mit seiner Phantasie von Gerechtigkeit in den Dienst eines angesagten Vernichtungswillens, der sich durch seine Maßlosigkeit definiert.

Beim Privatmensch erschöpft sich das in dem moralischen Urteil. Er stellt einen Maßstab dafür auf, wie er denkt, dass Kriege zu führen seien, und stellt die getroffenen Maßnahmen dazu ins Verhältnis. Wenn die USA Kritik an der Verhältnismäßigkeit der israelischen Kriegsführung üben, drücken sie auf diese Weise ihr Interesse an einer anders gearteten Kriegsführung aus. Wenn Biden sich zur Verhältnismäßigkeit äußert, muss man unterscheiden zwischen dem Inhalt und der damit verbundenen Absicht, also der Botschaft an Israel.

— Ich entnehme der Öffentlichkeit nicht nur, dass sie einen moralischen Maßstab aufstellt, sondern auch ihr beharrliches Festhalten daran, dass Israel bezüglich seiner Kriegsführung einem Beurteilungswesen unterliegt.

Das entspricht ganz der Logik des Arguments: Das Urteil, etwas sei verhältnismäßig bzw. nicht verhältnismäßig, setzt einen Maßstab als den gültigen und den Urteilenden als den Maßstab Setzenden voraus.

— Israel stellt klar, dass es sich diesem Urteil nicht unterwerfen will, sondern seinen Zweck durchsetzen, die Hamas zu vernichten und dafür den Gazastreifen in Schutt und Asche zu legen. Denn das Gebiet ist zu klein, als dass sich die Leute irgendwo in Sicherheit bringen könnten.

— Das Argument, das Gebiet sei für so viele Leute zu klein, trifft die Sache nicht. Es lässt völlig außer Acht, was Israel dort an und mit dieser Bevölkerung durchsetzen will.

Sie kommt ins Visier als Basis und Material für eine Staatsgründung, die Israel als Terrorismus bezeichnet. Deshalb ist sie zu beseitigen.

Auch Israel kümmert sich um die Verhältnismäßigkeit und behauptet, bei der Verfolgung seines Zwecks dieses Kriterium anzuwenden. Israels Präsident Herzog hat kein Problem damit, dass zivile Opfer anfallen. Seiner Aussage nach ist die gesamte palästinensische Nation mitverantwortlich für die Taten der Hamas. Das Vorgehen sei verhältnismäßig, weil es keinen unbeteiligten Zivilisten in Gaza gebe. Auch eine ntv-Journalistin behauptet, alle Menschen im Gazastreifen seien irgendwie mit der Hamas verbunden, sei es, dass sie zivile Dienste leisten, sei es, dass sie passive oder sogar aktive Mitglieder sind. Insofern macht Israel einerseits diese Unterscheidung zwischen der Hamas und den Zivilisten und gibt letzteren kaum umsetzbare Ratschläge, wie sie der Exekution entgehen können. Auf der anderen Seite hat Israel kein Problem mit toten Zivilisten, denn es treffe ja keinen Unschuldigen.

— Damit ist dem Gedanken der Verhältnismäßigkeit praktisch der Boden entzogen, weil er auf der Unterscheidung von Zivilisten und Kämpfern beruht.

— Aber an den genannten Beispielen merkt man doch, dass die Gewalt verhältnismäßig ausgeübt wird. Das Kriterium ist damit also nicht außer Kraft.

— Die Verwandlung einer Gewaltfrage in die Frage der Verhältnismäßigkeit ist eine rein methodische Übersetzung, ohne speziellen Inhalt. Was dann verhältnismäßig ist und was nicht, hängt davon ab, wer zu welchem Zweck und mit welcher Unterscheidung den Inhalt festlegt.

Beides stimmt: Einerseits verwahrt sich Israel gegen Aussagen, es gehe unverhältnismäßig vor und schlage über die Stränge, andererseits argumentiert Israel selbst mit der Verhältnismäßigkeit, wenn es darauf besteht, dass der Zweck, den es verfolgt, nur so erreicht werden kann. Kein anderer könne das beurteilen, der eigene Maßstab entspreche ganz dem Auftrag, den Israel verfolgt.

Israel hört bei jedem Urteil zur Frage der Verhältnismäßigkeit heraus, dass es eine Kritik an seiner Kriegsführung ist. Deshalb verwahrt es sich dagegen, dieses Kriterium an seine eigenen Praktiken anzulegen.

*

Was folgt für Israel aus dem Zweck, den es verfolgt?

Israel geht es unter dem Titel „Vernichtung der Hamas“ darum, das palästinensische Staatsgründungsprogramm auszuradieren, indem es die Organisation eliminiert, die diesen politischen Anspruch vertritt. Alles, was die Hamas ausmacht, soll vernichtet werden: ihr Personal, ihre materiellen und sonstigen Mittel, die Orte, wo sie sich aufhält. Das schließt auch die Vernichtung ihres Umfeldes und der Personen mit ein, die ihr Programm verteidigen und vorantreiben wollen. Es soll Schluss gemacht werden mit der dauerhaften Belagerung des Gazastreifens, den Israel einerseits als Teil seines Herrschaftsgebietes beansprucht, während es andererseits zugleich die dort lebenden Menschen als nicht erwünschtes Fremdvolk ausgrenzt. Der Widerspruch, den es sich damit leistet, wird jetzt nach der Seite hin aufgelöst, dass man zur Vernichtung der Organisation schreitet, die auf den Anspruch auf einen palästinensischen Staat beharrt.

Diese Eliminierung heißt nicht nur, dass man im Gazastreifen alle Hamas-Kämpfer und Hamas-Aktivisten tötet und darauf pocht, dass es vorher keine dauerhafte Waffenruhe geben kann. Israel verkündet sogar, dass der Geheimdienst den Auftrag hat, auch alle im Ausland lebenden Hamas-Führer zu liquidieren. Die Regierung Israels zeigt ihren Willen, die Hamas zu „enthaupten“ und darüber hinaus insgesamt zu zerstören.

— Israel hat aber auch behauptet, es werde den Gazastreifen nicht besetzen. Das heißt doch, die Palästinenser können dort verstaut werden, aber ohne irgendeine Existenz oder Einfluss der Hamas oder einer ähnlichen Organisation. Damit wird angedeutet, man könnte sich dort ähnlich wie im Westjordanland einen arabischen

Führer wie Abbas vorstellen, der Israel als die überlegene Gewalt akzeptiert, der sich die Palästinenser unterzuordnen haben. Sie sollen im eigenen Landstrich auf ihre Weise für Ordnung sorgen, aber keinesfalls irgendeinen eigenen Zweck gegen Israel ins Auge fassen.

— Gleichzeitig wurde aber die Auskunft erteilt, Abbas und seine Fatah seien im Grunde auch nichts anderes als die Hamas. Diesem Verdacht entkommen sie nicht. Ein fertiges Programm dahingehend, dass in Gaza eine Figur wie Abbas eingesetzt werden soll, existiert nicht. Darüber, was hinterher passieren wird, kursieren diverse Aussagen. Beispielsweise hat ein israelischer Politiker laut darüber nachgedacht, die Palästinenser in die Wüste Sinai umzusiedeln. Dagegen protestiert Ägypten …

Netanjahu sagt, wenn das Westjordanland und Gaza eine gemeinsame Verwaltung durch die Fatah bekommen sollten, wäre das so etwas wie Oslo II und das käme auf keinen Fall in Frage. Den Palästinensern dürfe der Anspruch auf einen eigenen Staat nicht im Entferntesten genehmigt werden. Israel besteht auf der militärischen Hoheit über den Gazastreifen, die Verwaltung sollen andere übernehmen, nicht aber die Palästinenser selber und vor allem nicht als anerkannte politische Institution. *Das* ist Israels Lösung.

— Israel will den Staatsgründungswillen der Palästinenser in Form der Hamas an den Wurzeln ausmerzen. In welchem Verhältnis steht dazu, dass sie dabei Tausende von Kindern umbringen? Tun sie das, weil das die menschliche Basis der Hamas, als solche auch Träger des künftigen feindlichen Staatswillens ist und es deshalb in dieser Logik liegt, das ganze Volk zu töten? Oder fallen diese Opfer einfach mit an?

— Das geht in die Richtung des Völkermord-Vorwurfes, der in linken Kreisen kursiert. Aber Israel ermordet diese Kinder nicht, um das künftige Staatsvolk der Palästinenser oder der Hamas zu vernichten. Es geht hier nicht um das Auslöschen eines ganzen Volkes, sondern es wird ein als Terror definierter Staatsgründungswille verfolgt. Das wird mit der Vernichtung der Hamas radikal exekutiert, auch an denen, die als deren Grundlage und als deren Unterstützerwesen festgemacht werden. Das zivile Leben der Leute im Norden des Gazastreifens und nun wahrscheinlich auch im Süden wird zerstört und damit jede Grundlage und jedes Moment von Nützlichkeit für diesen Staatsgründungswillen eliminiert.

Dafür nimmt Israel einen ungeheuren Kollateralschaden in Kauf. Es steht auf dem Standpunkt, es treffe keine Falschen, weil die Menschen ja dazu gedient haben, den Hamas-Verbrechern Deckung zu geben. Die in Tunnels versteckte Hamas-Führung wird erledigt, indem bunkerbrechende Bomben eingesetzt werden, bei deren Detonation halbe Stadtviertel zerstört werden. Dass nach einer solchen Aktion auch mal 129 Zivilisten tot sind, ist dem Zweck geschuldet, die Hamas-Führer in der Tiefe zu erreichen, und nicht dem Zweck, die Palästinenser auszurotten.

— Sie wollen die Hamas-Kämpfer als Träger des feindlichen Willens töten und zerstören dabei alles, was irgendwie dazu beiträgt, dass die sich als Terrorgruppe oder Armee aufstellen können.

In der Öffentlichkeit hört man die Forderung, dieser Krieg müsse doch irgendwann zu Ende sein und man müsse über eine Friedenslösung nachdenken, die an einem Palästinenser-Staat nicht vorbeikommt. Wie ist das zu beurteilen?

Was nach dem Krieg dort passiert, hängt nicht von mehr oder weniger sinnvollen Überlegungen ab, die irgendwo kursieren, sondern davon, für welche neuen Verhältnisse die agierenden Subjekte mit ihrem Gewalteinsatz sorgen. Insofern ist das eine im schlechtesten Sinne theoretische Debatte, während die Mächte ihre „Lösung“ praktizieren. Die Überlegung, wie es nach dem Krieg weitergeht und ein friedliches Zusammenleben zwischen Israelis und Palästinensern dann aussehen könnte, ist vom Ausgangspunkt her ziemlich blauäugig insofern, als sie sich ganz darüber hinwegsetzt, womit man da konfrontiert ist. Die jetzt stattfindenden Schlächtereien haben ihren

Grund darin, dass da unvereinbare Interessen gegeneinander antreten. Das Geltendmachen des palästinensischen Staatsgründungswillens wird von Israel mit allen verfügbaren Gewaltmitteln verhindert, spiegelbildlich bemüht die Hamas für die Behauptung dieses Interesses ihrerseits alle vorhandenen Gewaltmittel. Nimmt man diesen in aller Konsequenz ausgetragenen Gegensatz zur Kenntnis, verbieten sich alle schönen Vorstellungen, wie die beiden Parteien nach dem Krieg friedlich zueinander finden könnten.

— Mit der Frage, was hinterher sein wird, thematisiert man den Krieg, als wäre er die Durchgangsstufe zur Stiftung irgendeiner Art geordneter Verhältnisse.

Als ginge es im Krieg darum, diese Ordnung herzustellen!

— Aber ist es nicht genau so, dass in jedem Krieg eine Ordnung hergestellt wird?

Nach einem Krieg sieht die Welt immer etwas anders aus als vorher. Aber das ist nicht dasselbe wie die Vorstellung, die auch von Linken wie Wagenknecht geäußert wird: Der Krieg sei berechtigt, müsse aber verhältnismäßig sein und mit einer Friedenslösung abgeschlossen werden. Die Vorstellung, nach dem Krieg müssten die Gegensätze miteinander versöhnt werden, geht an der Sache vorbei. Israel geht es nicht darum, einen Interessensausgleich zu finden, sondern darum, diesen anderen Staatswillen endgültig aus der Welt zu schaffen.

Im Krieg wird gerade ausgekämpft, wie die Gewaltverhältnisse hinterher sein werden, und nicht, wer sich mit wem worauf einigen kann. Und in diesem Fall wird der gegnerische Wille nicht unterworfen, sondern ausgerottet. Er soll in den Gewaltverhältnissen des Nahen Ostens nach dem Krieg keine Rolle mehr spielen.

— Wenn ein politischer Einwand von anderen Staaten vorgebracht wird, wenn z.B. Macron meint, der Krieg werde zehn Jahre dauern, weil man die Hamas nicht so einfach besiegen könne usw., nimmt Israel das als etwas, dem es sich stellen muss. Allen Staaten, die sich als zuständig einmischen wollen, weil es um Gewaltfragen geht, bedeutet Israel, dass es auf seiner Freiheit der Kriegsführung besteht. Es lässt sich von Fragen, was danach kommen soll, auf nichts festlegen, sondern schafft Zustände, die es dem Land erlauben, hinterher frei über sein weiteres Vorgehen zu entscheiden. Dazu dient auch die Demonstration der militärischen Überlegenheit, an deren praktischem Vorführen Israel so viel liegt.

Diese Freiheit nimmt sich Israel und will mit der Stärke seines eigenen Zuschlagens demonstrieren, dass es dazu das Recht und auch die Mittel hat. Diese Freiheit sichert sich Israel durch seine Abschreckungsmacht, die es mit seinem *eigenen* Militär, mit dessen Überlegenheit über die Nachbarstaaten und nicht zuletzt mit der eigenen Atombombe auffahren kann. Dass die USA sich mit ihrer Militärmacht, mit den Flugzeugträgern vor Ort – die alle anderen Staaten davon abschrecken sollen, Israel in seinem Kriegführen zu behelligen – hinter Israel stellen, kommt als zweiter Schritt dazu.

Beim nächsten **Jour fixe am 18. Dezember 2023** soll das noch genauer und die Positionen der restlichen Beteiligten besprochen werden. Bis dahin liegt der neue GS 4-23 mit dem entsprechenden Artikel vor, der auch auf der Verlagsseite verfügbar ist. Nachfragen zum bisher Besprochenen sowie Fragen zu den letzten beiden Protokollen werden diskutiert.